

Datum

20. November 2015

Die Kraft der Vielstimmigkeit

ZdK beschließt kulturpolitische Erklärung

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat in seiner Vollversammlung in Bonn-Bad Godesberg am Freitag, dem 20. November 2015, dazu aufgerufen, den freien und offenen Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen auf allen Ebenen zu fördern. In seiner anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums der Konzils-Konstitution "Gaudium et Spes – Über die Kirche in der Welt von heute" beschlossenen kulturpolitischen Positionierung stellt das ZdK heraus, dass die gemeinsame kulturelle Arbeit "gerade in schwierigen Situationen" entscheidend für die Entwicklung tragfähiger Grundlagen des Zusammenlebens sei.

„Die christlichen Kirchen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Kultur unseres Landes. Daher sollten sie sich auch mit ihren Positionen in kulturpolitische Debatten deutlich einmischen“, betont die kultur- und bildungspolitische Sprecherin des ZdK, Staatsministerin Prof. Monika Grütters. "Wir appellieren an die Kirchen, die kirchlichen Organisationen, Einrichtungen und Pfarrgemeinden, den Dialog mit den Künsten verstärkt zu suchen und auch künstlerische Avantgarde zu ermöglichen."

Kunst und Kultur vermittele insbesondere jungen Menschen die Erfahrung der Selbstwirksamkeit und sei "ein wichtiges Instrument zur Stärkung von Teilhabe und Integration". Die europäische Kultur sei hierbei maßgeblich durch die von Dialog und Vielstimmigkeit gekennzeichneten christlichen Traditionen geprägt.

Das ZdK bekennt sich in der Erklärung zur grundgesetzlich verbrieften Freiheit der Kunst als wesentlichem Element eines demokratischen Gemeinwesens und appelliert zugleich an den Respekt vor der Würde des Anderen und seiner religiösen Überzeugungen. Mit Blick auf die Zerstörung jahrhundertealter Kulturgüter im Nahen und Mittleren Osten wird ein Verbot des Handels mit geraubten Kunstschatzen gefordert.

Das ZdK versteht Kunst und Kultur als Ausdruck von Humanität und warnt vor einer vorwiegend ökonomischen Betrachtung. Wörtlich heißt es in der Erklärung: "Alle Teile der Gesellschaft tragen Verantwortung für eine lebendige Kultur. Sie ist nicht allein Aufgabe des Staates, doch kommt ihm die besondere Pflicht zu, sie zu schützen und zu fördern." Nicht zuletzt gelte es, Kreative angemessen am Ertrag ihrer geistigen Leistung zu beteiligen und sie sozial abzusichern.